

Wochenblatt

Wilsdruff, Tharandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden. Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N. 96.

Freitag, den 6. December

1872.

Tagesgeschichte.

Wilsdruff, am 5. December.

Wie uns mitgetheilt wird, ist der Abjaß der Loose zur weiteren Ausrüstung der hiesigen Feuerwehr bis jetzt ein recht lebhafter gewesen und wird es jedenfalls auch bis zum Tage der Verlosung (3. Weihnachtsfeiertag) bleiben, zumal, wenn es bekannt sein wird, was für schöne, werthvolle Gegenstände bis jetzt schon als Geschenke zur Verlosung zugesichert worden sind; u. A. 1 Schotten-Uhr, 1 Spiegel-Toilette, 1 ovaler Saphirring, 1 Rüstsch, mehrere Schatullen, 1 feine Elfenbein-Brosche, 1 Rüstsch, 1 Lustre-Kleid, Stiefel und viele, viele andere Gegenstände. Möge man sich aber dadurch durchaus nicht abhalten lassen, Loose zu kaufen und Geschenke zu überreichen, denn von ersteren sind noch viele zu haben und von letzteren werden noch viele gebraucht, um einen recht großen Reingewinn zum Besten des oben genannten Zweckes zu erzielen.

Aus Dresden vom 4. December wird geschrieben: Die auch in Abgeordnetenkreisen verbreitete Ansicht, daß der Schluß des gegenwärtigen Landtags noch vor Weihnachten werde stattfinden können, dürfte sich als eine irrthümliche erweisen. Zunächst ist es nämlich jetzt feststehend, daß die Regierung die Steuerreformvorlage nicht zurückziehen gedenkt; die I. Kammer wird also in die Berathung derselben einzutreten haben und nach deren Beschlüssen sodann auch die II. Kammer ihre Verhandlungen darüber, — die sie sich durch Verwerfung des Regierungsentwurfs wie aller Anträge aus der Mitte der Kammer vorläufig abgeschnitten hatte — wieder aufnehmen müssen. Wie das Resultat der Berathungen über diese Vorlage ausfallen werde, ist noch gar nicht abzusehen; am meisten Aussicht auf beiderseitige Annahme scheint ein Antrag zu haben, der etwa in gleichem Sinne, wie der vom Abg. Penzig eingebrachte (zum Ersatz eines Theiles der bisherigen Grundsteuer eine allgemeine Klassen- und Einkommensteuer einzuführen) lauten würde. Jedenfalls wird die Steuerfrage noch längere Debatten herbeiführen und da auch die Differenzen, welche in den Beschlüssen der beiden Kammern über die Organisationsgesetze und über das Volksschulgesetz bestehen, vielfache weitere Verhandlungen nöthig machen werden, so ist selbst bei raschem Verlaufe derselben doch kaum anzunehmen, daß zur Erledigung alles dessen ein Zeitraum von kaum 3 Wochen ausreichen werde. Dazu kommt, daß die Staatsregierung den Ständen auch noch eine Vorlage über Eisenbahnen zugehen lassen wird — und also noch die übliche langathmige Eisenbahndebatte bevorsteht. Der Landtag möchte demnach wohl bis gegen Ende Januar nächsten Jahres zu arbeiten haben, jedenfalls aber wird sein Schluß nicht, wie von anderer Seite in Aussicht gestellt wird, bis in den März hinausgezogen werden, sondern bestimmt vor Beginn der nächsten Session des deutschen Reichstags erfolgen, der zu Anfang des Monats Februar erwartet wird.

Aus Hainichen, 30. November, wird dem „Dr. J.“ berichtet: In der letzten gemeinschaftlichen Sitzung unsrer städtischen Collegien kündigte Herr Bürgermeister Dr. Fischer sein Amt mit Oßern 1873. Als Veranlassung zu diesem Schritte bezeichnete derselbe in der Stadtrathsitzung vom 23. November vorwiegend, daß seine Anschauungen über Hebung des hiesigen Schulwesens in diametralem Gegensatz standen zu den Ansichten der Majorität des Stadtverordneten-collegiums. Da der Herr Bürgermeister trotz der eindringlichen Bitte der Rathsmitglieder seinen Entschluß als unerschütterlich bezeichnete, erklärten dieselben, mit 1. April 1873 ebenfalls ihr Amt niederlegen zu wollen, obwohl der Herr Bürgermeister darauf hinwies, daß dies gesetzlich nicht statthaft sei.

In hiesiger Stadt ist die Wahl zum Stadtverordneten-Collegium wieder zu Gunsten der Sozialdemokratie ausgefallen. Wie lange es noch dauern wird, bis die Gegenpartei gelernt hat, daß Zusammenhalten zum Ziele führt, ist abzuwarten, sobald scheint es nicht zu werden. — Die Kunde, daß unser Bürgermeister Dr. Fischer mit dem 1. April sein Amt in hiesiger Stadt niederlege, brachte in der Bürgerschaft eine Aufregung, die nicht zu verkennen war, da der-

selbe, als tüchtige Kraft bekannt, auch sein Bestreben dahin ging, das Wohl der Stadt überall zu fördern und das Ansehen derselben nach außen zu heben. Eine Differenz, die, wie man hört, der königlichen Kreisdirection zur Entscheidung vorgelegt ist, in Betreff des hiesigen Schulwesens, hat ihn zu diesem Schritt bewogen. Dr. Fischers Bestreben, das Schulwesen Hainichens, würdig einer Mittelstadt Sachsens, herzustellen, wurde durch Beschluß des Stadtverordneten-Collegiums, „die höhere seit 1868 bestehende Schulabtheilung A aufzuheben“, behindert und damit unser Bürgermeister schmerzlich berührt. Im Schulwesen scheint es bei uns, als wolle man von einer Seite, lieber zur Sachschule von anno 1800 zurückkehren. Wenige Lehrer — wenige Schulstunden für Kinder — desto mehr für Lehrer — viel Kinder, wenigstens 100 in einer Classe — weniger Lohn dem Lehrer u. — und das offenbart sich im Jahre des Fortschritts 1872!

Glauchau, 2. December. Aus dem Garten des Herrn Seydel und Höhe hier wurde der Expedition des „Glauchauer Tageblattes“ heute ein blühender Kirschzweig überbracht.

Delsnitz b. Stollberg. Wie weit Erregung und Leidenschaftlichkeit den Menschen führen kann, ersah man am verflossenen Sonnabend, den 23. November. Der Bergarbeiter Kalb, ungefähr 24 Jahre alt, hatte mit einem Genossen, dem er mehrere Thaler schuldete, am Vormittag getrunken, sich dann mit diesem gezankt und als er Nachmittag gegen 4 Uhr in sein Quartier kommt, erfaßte er ein Messer und sticht sich dasselbe rechts an der Herzgrube tief in die Brust. Die Hoffnung, daß er trotz fürchterlichen Blutverlustes noch am Leben erhalten werden könne, scheint sich kaum bestätigen zu wollen.

Aus der Lausitz schreibt man der „D. A. Z.“ Zur Illustration der Verhandlungen in unserer II. Kammer über die erlaubten oder unerlaubten Titel „Naturarzt“ und „Praktikant der Naturheilkunde“ bringen wir hiermit folgende Anzeige eines böhmischen Naturarztes zu Grottau, die wir den Zittauer Nachrichten entnommen, weiteren Kreisen zur Kenntniß. Dieselbe lautet: „Da ich in jetziger Jahreszeit als Maurer nicht mehr hinreichende Beschäftigung finde, so habe ich mich entschlossen, neben Dsenputzen und Schleußenräumen mich als Naturarzt und Hydropath zu etabliren; empfehle mich daher einem hochzuverehrenden Publikum zu allen in diese Fächer einschlagenden Arbeiten. Gifte und andere qualende Arzneien streng ausgeschlossen. Joseph Pieschel, Grottau, Nr. 143.“

Vom 1. Januar 1873 ab werden bei sämtlichen Reichspostanstalten Postkarten zum Verkauf gestellt, welche gleich mit dem Franco-stempel von 1/2 Groschen bez. 2 Kreuzern bedruckt sind, so daß es des Aufklebens der Freimarke nicht erst bedarf. Diese gestempelten Postkarten werden ohne Aufschlag zum Nennwerthe an das Publikum abgelassen. Daneben wird der Verkauf von Postkarten der jetzt gebräuchlichen Art, welche nicht gestempelt und nicht mit Freimarken besetzt sind, ferner der Postkarten mit bezahlter Rückantwort unter den bisherigen Bedingungen fortgesetzt werden.

Die lange zuvor angekündigte Ernennung von neuen Mitgliedern des preussischen Herrenhauses ist jetzt wirklich erfolgt und zwar wurde dieselbe, wie mehrere Berliner Blätter übereinstimmend melden, am Sonnabend vom Kaiser vollzogen. Die Berufenen gehören zum größeren Theil den Spitzen des activen Beamtenstandes und der Generalität an. Dazu kommen einige Staatsminister a. D. und einige Großgrundbesitzer. Unter den Ernannten finden sich 5 hohe Militärs, 14 hohe Civilbeamte im activen Dienst und 3 hohe Civilbeamte a. D. Es ist daher dem Kleinadel im Herrenhaus vor Allem ein Gegengewicht durch Berufung von Notabilitäten des Beamtenstandes entgegengesetzt worden. Die Zahl der berufenen Untersatzen beträgt drei; aus anderen unabhängigen Kreisen ist keine Ernennung erfolgt. Was die politische Färbung betrifft, so steht keiner der Berufenen jenseits der Grenzen der allliberalen Partei; die meisten sind Conservative vom reinsten Wasser, wenn sie auch natürlich der gegenwärtigen Regierungspolitik sich anschließen. Der Grund dieses Schrittes der Regierung dürfte hinlänglich bekannt sein. Mit Hilfe der neuen Pairs gedenkt man das von dem Herrenhause abgelehnte Gesetz über die neue Kreisordnung durchzusetzen.